



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Ansprechpartner/in: Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 23.11.2008

Niederschrift

über die **44. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 23.10.2008, 15:06 Uhr bis 18:55 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ulrich Breite	FDP	in Vertretung für Herrn Sterck (ab 18.30 Uhr)
Frau Margret Dresler-Graf	CDU	in Vertretung für Herrn Möbius
Frau Polina Frebel	SPD	in Vertretung für Herrn Zimmermann
Herr Alfred Hoffmann	CDU	in Vertretung für Herrn Bartsch (15.06 Uhr bis 17.15 Uhr)
Frau Hildburg Holländer	CDU	in Vertretung für Herrn Bartsch (17.15 Uhr bis 17.45 Uhr)
Herr Stephan Pohl	CDU	in Vertretung für Herrn Bartsch (17.45 Uhr bis 18.55 Uhr)
Herr Helmut Jung	CDU	
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	
Herr Johannes Waschek	SPD	
Frau Barbara Moritz	Grüne	
Herr Horst Thelen	Grüne	
Herr Ralph Sterck	FDP	(bis 18.30 Uhr)

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Jörg Detjen	Die Linke.Köln
Herr Hans-Martin Breninek	pro Köln
Herr Dr. Martin Müser	KBB

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	(bis 18.30 Uhr)
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Werner Baatz
Frau Christina Strunk

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck

Herr Hermann Gellissen
Frau Anne Luise Müller
Frau Elke Müssigmann
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger

Herr Andreas von Wolff

Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Stadtplanungsamt
Stadtplanungsamt
Stadtplanungsamt
Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Simone Weber

Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen

Presse Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch	CDU
Herr Christian Möbius	CDU
Herr Michael Zimmermann	SPD

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Petra May Einzelmandatsträgerin

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Imme Helbig	auf Vorschlag der CDU
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen

Vorsitzender Klipper eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und verweist auf die in der Tagesordnung markierten Änderungen bzw. Ergänzungen.

RM Jung bittet im Namen der CDU-Fraktion darum, wegen Beratungsbedarfs TOP 6.4 zu vertagen. Die SPD-Fraktion bittet ebenfalls um Vertagung von TOP 9.1, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Vertagung von TOP 6.8 und 25.1. RM Sterck regt an, aufgrund einiger anwesender Bürger TOP 10.6 vorzuziehen. Vorsitzender Klipper schlägt zudem vor, TOP 6.6 direkt als ersten Punkt zu beraten, da Frau Landsberg von der Firma Agiplan einen Vortrag halten werde.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen und Vorschläge zur Kenntnis, stimmt zu und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1. **Kiesgrube Meschenich - B-Plan-Aufstellung
Stellungnahme zur Anfrage von RM Waschek im Stadtentwicklungsausschuss vom 24.06.2008**
TOP 18.1
4150/2008

1.2. **Beantwortung der Anfrage des RM Dr. Müser im Auftrag von RM Detjen aus der 42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, TOP 18.1 vom 11.09.2008 betr. den Sachstand Christuskirche**
4477/2008
Tischvorlage

2. Schriftliche Anfragen

3. Anträge

3.1. Auenviertel Rodenkirchen - Aufstellung eines Bebauungsplanes
Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2008
AN/2000/2008

3.2. **Erhalt der Ausstellung der Info-Box im Rheinauhafen**
Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 23.10.2008
AN/2074/2008
Tischvorlage

4. Stadtplanung - Projekte

4.1. Regionale 2010
-- / --

4.2. **Beleuchtungskonzept Rheinauhafen -- mündlich --**
zurückgezogen

5. Allgemeine Vorlagen

5.1. Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof/Baptisterium als Bestandteil des "Integrierten Handlungskonzeptes Umfeld Kölner Hauptbahnhof"
3302/2008
abschließender Beschluss; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 28.08.2008 allen Ausschussmitgliedern zugesandt

5.2. Sanierung Finkenberg in Köln-Porz
Entwurf zur Umgestaltung des Nahbereichszentrums Finkenberg
3479/2008
Verweisungsbeschluss in den Verkehrsausschuss, den Sanierungsbeirat und in die Bezirksvertretung Porz; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 02.09.2008 allen Ausschussmitgliedern zugesandt

- 5.3. Workshop zur weiteren Entwicklung und Nutzung des 3 D-Stadtmodells in der Verwaltung
4024/2008
abschließender Beschluss
- 5.4. Neubau einer Abstellanlage für S-Bahnen in Köln-Nippes
hier: Stellungnahme der Stadt Köln im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
4244/2008
abschließender Beschluss
hierzu liegt als Tischvorlage – Anlage 3 -eine ergänzte Dringlichkeitsentscheidung der Bezirksvertretung Nippes vor
- 6. Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen**
- 6.1. Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO (neue Fassung) in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 Anwendung bei Finanzstelle 1502-0901-6-4560, Dach S-Bahn-Station Chorweiler Nord
3355/2008
abschließende Vorberatung für den Rat
- 6.2. 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide)
3544/2008
abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 02.09.2008 allen Ratsmitgliedern zugesandt
- 6.3. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008
Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Mülheim; wird auf Wiedervorlage verzichtet? –Wenn ja, dann abschließende Vorberatung für den Rat
- 6.4. Entwicklungskonzept Porz-Mitte
3629/2008
Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Schule und Weiterbildung, die Bezirksvertretung Porz, den Liegenschaftsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün, den Ausschuss Bauen und Wohnen und in den Jugendhilfeausschuss; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 17.09.2008 allen Ratsmitgliedern zugesandt
> wird vertagt
- 6.5. Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn
hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes
4190/2008
abschließende Vorberatung für den Rat**

- 6.6. Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm**
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008
Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Soziales und Senioren, den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Mülheim, den Jugendhilfeausschuss und in den Integrationsrat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 20.10.2008 allen Ratsmitgliedern zugesandt
- 6.7. Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung**
2617/2008
abschließende Vorberatung für den Rat; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 17.10.2008 allen Ratsmitgliedern zugesandt
- 6.8. Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen - Realisierungswettbewerb**
4300/2008
abschließende Vorberatung für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft die Vorlage wurde mit Schreiben vom 20.10.2008 allen Ausschussmitgliedern zugesandt
> wird vertagt
- 7. Änderungen des Flächennutzungsplanes**
- 8. Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 9. Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 9.1. Städtebauliches Planungskonzept "Äußere Kanalstraße/Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld";
hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan
3972/2008
abschließender Beschluss
> wird vertagt
- 9.2. Städtebauliches Planungskonzept
Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-Marienburg
1. Stellungnahmen der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
 2. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68406/02
- 4125/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Rodenkirchen
- 10. Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

- 10.1. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz
3319/2008
abschließender Beschluss
- 10.2. Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen
3345/2008
abschließender Beschluss
- 10.3. Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 5945/03
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich
3370/2008
abschließender Beschluss
- 10.4. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3385/2008
vertagt aus der Sitzung vom 11.09.2008
Verweisungsbeschluss in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün sowie in die Bezirksvertretung Chorweiler
- 10.5. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03
Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf
3443/2008
abschließender Beschluss
- 10.6. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim
3471/2008
abschließender Beschluss; die Vorlage wurde mit Schreiben vom 25.08.2008 allen Ausschussmitgliedern zugesandt
- 10.7. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
4186/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Mülheim
- 10.8. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf
4094/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Lindenthal

- 10.9. Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67480/03
Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes
2843/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Nippes
- 10.10. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16
Arbeitstitel: Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord
4124/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Innenstadt
- 10.11. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63458/02
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße/Ölstraße in Köln-Ehrenfeld
3142/2008
Verweisungsbeschluss in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld
- 10.12. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**
Arbeitstitel: Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in Köln-Holweide
4304/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Mülheim
- 10.13. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld
3402/2008
Verweisungsbeschluss in den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Ehrenfeld und in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld
Tischvorlage
- 10.14. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**
Arbeitstitel: Neue Eiler Straße/Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil
4337/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Porz
Tischvorlage
- 10.15. Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)**
Arbeitstitel: "Musical Theater Köln" in Köln-Kalk
4354/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Kalk
Tischvorlage
11. **Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
12. **Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
13. **Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**

14. Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1. Aufhebung des Fluchtlinienplan Nr. 4009 Bl. 2
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Ottostraße in Köln-Neuehrenfeld
3522/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Ehrenfeld

15. Sonstige Satzungen

- 15.1. Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd
3557/2008
Verweisungsbeschluss in die Bezirksvertretung Innenstadt; wird auf Wiedervorlage verzichtet? –Wenn ja, dann abschließende Vorberatung für den Rat

16. Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1. Vorschläge und Anregungen aus den Bezirksvertretungen
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 25.08.2008
-Sürther Feld: separater Bebauungsplan für die Bezirkssportanlage-
4166/2008
abschließender Beschluss

17. Mitteilungen

- 17.1. Plangenehmigungsverfahren der Deutschen Bahn AG zur Erweiterung der S-Bahn-Abstellanlage Köln-Nippes
3908/2008
vertagt aus der Sitzung vom 11.09.08, TOP 17.1 – bitte halten Sie die Unterlage bereit
- 17.2. Bewertung klimarelevanter Wirkungen von Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2010 am Beispiel des Freiraumkonzeptes RegioGrün
3112/2008

17.3. Beleuchtung des Kranhauses Mitte im Kölner Rheinauhafen 4184/2008

18. Mündliche Anfragen

19. Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20. Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 20.1. Beantwortung der Anfrage des Vorsitzenden Klipper aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 05.06.2008 betr. MesseCity (TOP 27.2 - nicht öffentlicher Teil)
4046/2008

21. Schriftliche Anfragen

22. Anträge

23. Stadtplanung - Projekte

24. Gestaltungsbeirat

24.1. Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 25.08.2008
4384/2008

**24.2. Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 22.09.2008
4409/2008**

**24.3. Einladung/Tagesordnung zur Sitzung des Gestaltungsbeirates am
27.10.2008
4686/2008
Tischvorlage**

25. Sonstige Vorlagen

**25.1. Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen - Realisierungswettbewerb, Auslo-
bungstext
4470/2008
*abschließende Vorberatung für den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
die Vorlage wurde mit Schreiben vom 20.10.2008 allen Ausschussmitglie-
dern zugesandt
> wird vertagt***

26. Mitteilungen

27. Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

**6.6 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet
"Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008**

Dieser Tagesordnungspunkt wird vorgezogen behandelt.

Nach einer kurzen Einleitung von Beigeordnetem Streitberger referiert Frau Landsberg vom Büro Agiplan über das Programm Mülheim 2020.

Vorsitzender Klipper dankt für den ausführlichen Vortrag und bittet Frau Landsberg um Auskunft, ob in dem Programmzeitraum 2009-2015 eine regelmäßige Evaluierung durch die Firma Agiplan stattfindet.

Mit Verweis auf den Themenbereich Schul-/Bildungssituation merkt RM Sterck an, dass aus seiner Sicht auch der Ausschuss Schule und Weiterbildung zu beteiligen sei und bittet Frau Landsberg um ihre Einschätzung.

RM Moritz bezieht sich auf die lokalen Ökonomieprojekte und bittet um Auskunft, ob die hierfür benötigten Flächen bereits in dem Programmwurf berücksichtigt seien.

RM Dr. Bürgermeister erachtet das komplexe Herangehen als einen äußerst positiven Ansatz. Die Evaluierung sei dabei sehr wichtig und hilfreich. Sie sei ebenfalls verwundert, dass nicht alle Ausschüsse, welche diese Vorlage inhaltlich betreffe, in der Beratungsfolge vorgesehen seien, so zum Beispiel der Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Im Namen der Seniorenvertretung stellt Herr Baatz fest, dass die Gruppe der Senioren in dem Programm kaum erwähnt werde. Er regt an, auch für die Migranten eine Form der generationsübergreifenden Hilfe für Senioren aufzubauen. Er bittet darum, diesen Bereich nachzuarbeiten.

Nach Auffassung von RM Detjen sollte das Thema „lebenslanges Lernen“ auch in Mülheim eine gewisse Rolle spielen.

Frau Landsberg informiert zunächst, dass das Programm regelmäßig evaluiert werden müsse. Sie führt weiterhin aus, dass beabsichtigt sei, innerhalb der Programmsteuerung zwei Projekte zu definieren – und zwar zum einen das Programmmanagement für den Bereich lokale Ökonomie und Bildung, welches extern ausgeschrieben werden solle und einen vierteljährlichen Bericht impliziere, und zum anderen die Hinzuziehung externer Evaluatoren. Eine Einbindung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in die Beratungsfolge erachte sie als sinnvoll. Zusätzliche Flächen, wie von RM Moritz angesprochen, seien nicht auszuweisen, da zwei große Gewerbegebiete - Schanzenstraße und Auenweg - im Programm enthalten seien. Durch erfolgte Absprachen mit den für das Rechtsrheinische Entwicklungskonzept und den Unternehmensservice zuständigen Mitarbeitern der Stadtverwaltung werde sich das Konzept Mülheim 2020 nahtlos in die für diese Bereiche konzipierten Projekte eingliedern. Unter Bezugnahme auf den Einwand von Herrn Baatz erklärt Frau Landsberg, dass die Senioren deshalb kaum erwähnt seien, da sich die Vorgabe über die Schwerpunkte lokale Ökonomie und Bildung erstreckt habe. Gleichwohl mache es Sinn über Projekte in der angesprochenen Art nachzudenken und gegebenenfalls in der Verwaltung zu diskutieren.

Frau Kröger, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, verweist in diesem Zusammenhang auf die Förderungsvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der Landes- bzw. EU-Mittel. Die von dieser Stelle aus vorgesehenen Schwerpunkte seien: lokale Ökonomie, Bildung/Integration und städtebauliche Projekte. Darüber hinausgehende Schwerpunkte wären nicht förderfähig und müssten von der Stadt Köln selbst getragen werden. Aus diesem Grunde seien die Schwerpunkte des Programms so gesetzt worden.

Zum Thema „lebenslanges Lernen“ führt Frau Landsberg aus, dass in Gesprächen mit der ARGE dargestellt worden sei, dass bei einem großen Teil der Langzeiterwerbslosen die Problematik von Motivationsdefiziten im Vordergrund stünden. Der in dem Programm gesetzte Schwerpunkt sei vor diesem Hintergrund, die Voraussetzungen für die Qualifizierungen bei der ARGE und an weiteren Stellen weiter zu verbessern.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass er sich wünsche, die Arbeit mit der Firma Agiplan fortführen zu können.

Vorsitzender Klipper bittet die Verwaltung darum, mit Blick auf die Evaluationen einen – zum Beispiel jährlichen – Bericht zu fertigen, damit die Möglichkeit bestehe, gegebenenfalls nachsteuern zu können. Der Anregung bezüglich der Einbindung des Ausschusses Schule und Weiterbildung stimmt der Vorsitzende zu und lässt mit dieser Ergänzung über den Verweisungsbeschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Soziales und Senioren, den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Mülheim, den Jugendhilfeausschuss, in den Integrationsrat **und in den Ausschuss Schule und Weiterbildung**.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim 3471/2008

Dieser Tagesordnungspunkt wird vorgezogen behandelt.

RM Moritz führt aus, dass in der Zwischenzeit seitens des Vorhabenträgers Änderungen an der Planung vorgenommen worden seien; so seien zum Beispiel die fünfgeschossigen Punkthäuser entfallen. Darüber hinaus gebe es verschiedene Konzeptüberlegungen zur internen Erschließung. Weiterhin befinde sich der Punkt in der Überplanung, eine Kindertagesstätte an die schräge Fußgängerachse in den Stadtteil Ostheim hinein zu platzieren. Dies begrüße ihre Fraktion sehr. Zur Frage der Stellplätze erklärt sie, dass nach ihrer Auffassung im Eingangsbereich eine begrenzte Anzahl für diese Kindertagesstätte angelegt werden könne. Bezogen auf den Aspekt der Anbindung des Motorisierten Individualverkehrs schlage ihre Fraktion vor, für den Fall, dass die Erschließungsstraße im Notfall gesperrt sei, eine provisorische Ausweichmöglichkeit über eine Fuß- und Radwegebeziehung einzurichten. Eine Verkehrserschließung über den Langendahlweg auf den Vingster Ring sei nach ihren Informationen aufgrund eines vorhandenen Geländesprunges nur sehr aufwändig herzustellen. Vor diesem Hintergrund sei ein Umweg über den Alten Deutzer Postweg möglicherweise zumutbar.

RM Sterck verweist auf den aus seiner Sicht sehr detaillierten und abgewogenen Beschluss der Bezirksvertretung. Die GAG erachte er für die Geländeentwicklung an dieser Stelle als den richtigen Akteur. Mit Blick auf die Verkehrsproblematik greift RM Sterck die Kreuzung Frankfurter Straße/ Ostheimer Straße/ Rösrather Straße auf, die aus Sicht der Ostheimer Bevölkerung den neuralgischen Punkt darstelle. Hier bestehe dringender Handlungsbedarf.

RM Dr. Bürgermeister begrüßt ebenfalls den abgewogenen Beschluss der Bezirksvertretung Kalk. Eine wichtige Frage stelle nach ihrer Ansicht die ÖPNV-Anbindung dar. Weiterhin betont Frau Dr. Bürgermeister, dass es sich hierbei nur um ein grobes Konzept handle, welches sich in der weiteren Entwicklung präzisieren werde. Sie sei zuversichtlich, dass im Dialog mit der Bezirksvertretung, den Politikern vor Ort, den Anwohnern und mit dem Vorhabenträger eine für die zukünftigen und bisherigen Bewohner des Gebietes gute Lösung gefunden werde.

RM Detjen fragt nach, ob es bei diesem Vorhaben denkbar sei, den Anteil des sozialen Wohnungsbaus möglicherweise auf 30 Prozent anzuheben. Überdies regt er an, das ganze Projekt etwas näher an den Stadtteil heranzurücken. Zudem fragt Herr Detjen nach dem Linienbus und bittet um Auskunft, ob dies einfach durchzuführen sei.

Beigeordneter Streitberger geht zunächst auf den Lückenschluss des Vingster Ringes ein. Hierbei gehe es um die Frage, ob die Porzer Ringstraße an den Vingster Ring leistungsfähig angeschlossen werden könne. Dazwischen liege der nördliche Ausläufer des Gürtelbahnhofs Gremberhoven. Er habe eine Untersuchung veranlasst, mit dem Ziel, den Verkehrswert eines solchen Vorhabens festzustellen. Der Verkehrswert einer solchen Straße würde demnach eine wesentliche Entlastung des Autobahnnetzes darstellen. Dies könne nicht erstrebenswert sein, da hierdurch der Verkehr von der Autobahn auf die Kommunalstraßen geholt

werde. Es werde vielmehr die Strategie verfolgt, mit der Deutschen Bahn eine Regelung für eine Brücke für Fußgänger und Radfahrer zu erzielen. Zur Anfrage von RM Detjen erklärt der Beigeordnete, dass es vor dem Hintergrund von Akzeptanzvorbehalten in der Nachbarschaft nicht empfehlenswert sei, den Anteil des sozialen Wohnungsbaus zu erhöhen. Mit Blick auf ein mögliches Heranrücken an den Stadtteil verweist der Beigeordnete auf den zugrunde liegenden alten Bebauungsplan. Das Thema Linienbus müsse noch geklärt werden; bei der zukünftigen Bevölkerungszahl von über 1.000 Personen halte er es durchaus für vertretbar, die Anbindung des Gebietes durch einen Linienbus vorzusehen. Die Verkehrsuntersuchung für dieses Areal werde im Übrigen sehr breit angelegt werden.

Vorsitzender Klipper befürwortet eine frühzeitige und intensive Diskussion über die Verkehrsuntersuchung, um eine Akzeptanz der Bevölkerung zu erhalten. Zudem mahnt der Vorsitzende anhand von Negativbeispielen aus den 90er Jahren an, keine Überfrachtung in dem Areal vorzunehmen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage mit den Ergänzungen der Bezirksvertretung abstimmen.

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen der südlichen Seite des Langendahlweges, der westlichen Seite des Hardtgenbuscher Weges, entlang der südlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1600 nach Norden folgend bis zur nördlichen Grenze des Flurstücks 57/17, weiter nach Osten entlang des Flurstücks 1297, weiter an der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks 845 entlang, dann den rückwärtigen Grundstücksgrenzen nach Osten folgend bis zur Parzelle 905, dann den im Bebauungsplan Nr. 72439/05 festgesetzten öffentlichen Verkehrsfläche auf der westlichen Seite nach Norden folgend bis zur Bruchsaler Straße, die nördliche Seite der Bruchsaler Straße begleitend, nach Süden zurück entlang der östlichen Seite der Verkehrsfläche bis zur Nordseite des Flurstücks 1036, dieser rückwärtigen Grundstücksgrenze nach Süden folgend bis zur rückwärtigen Grenze der Parzelle 576 am Langendahlweg —Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim— aufzustellen mit dem Ziel, Wohnbauflächen festzusetzen.
2. die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 2 (Versammlung) und nimmt das städtebauliche Planungskonzept zur Kenntnis.

Folgende Punkte sind im Zusammenhang mit dem Planungskonzept zu berücksichtigen:

1. **Im Planungsgebiet soll durchgehend eine zwei bis maximal dreigeschossige Bebauung (jeweils plus Dachgeschoss) zulässig sein. Auf die Errichtung der „torartigen“ fünfgeschossigen Gebäude im Süden soll verzichtet werden.**
2. **Die verkehrsmäßige Erschließung für den Individualverkehr (Auto- und Zulieferverkehr) soll über die Straße Alte Deutzer Postweg erfolgen.**
3. **Eine weitere Anbindung an das überörtliche Straßennetz soll von der Verwaltung geprüft werden. Eine zusätzliche Erschließung über die Frankfurter Straße bzw. aus dem Wohngebiet des so genannten „Saarviertels“ wird ausdrücklich abgelehnt.**
4. **Die Straße Alte Deutzer Postweg muss so ausgebaut werden, dass sie die zusätzlichen Verkehre aufnehmen kann. Im Rahmen des Ausbaus sind auch ein Radweg**

und die geplante Nutzung der Straße als Umgehungsstraße für Ostheim zu berücksichtigen.

5. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass ein großer Teil des Autoverkehrs über den Vingster Ring abgeführt werden kann und insbesondere nicht den Kreuzungsbereich Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße zusätzlich belastet.
6. Der Knotenpunkt Ostheim ist in Spitzenzeiten des Berufsverkehrs bereits jetzt an den Grenzen der Leistungsfähigkeit angekommen. Sowohl die Stadtbahnlinie 9 als auch die diversen Buslinien können mit den bestehenden Kapazitäten keine weiteren nennenswerten Fahrgastzuwächse mehr bewältigen. Hier sind somit zusätzliche Kapazitäten und ein kürzerer Fahrtakt vorzunehmen.
7. Ferner wird die Verwaltung aufgefordert, im Rahmen einer großräumigeren Betrachtung die Verkehrssituation im weiteren Umfeld darzustellen. Hier ist insbesondere die Situation an der Kreuzung Frankfurter Straße/Ostheimer Straße/Rösrather Straße und der dort ebenerdig kreuzenden Linie 9 zu betrachten.
8. Die nordöstlich zum Ostheimer Zentrum führende Wegeverbindung in Richtung Lörracher Straße soll für motorisierte Fahrzeuge nicht befahrbar sein. Durch eine geeignete Ausgestaltung in Zusammenarbeit mit der Polizei muss sichergestellt werden, dass die Verbindung durch den rund 100 m breiten Grünstreifen auch bei Dunkelheit nicht als Angstraum empfunden wird. Der Weg ist ausreichend zu beleuchten. Das gleiche gilt ebenfalls für die Wegeverbindung im südöstlichen Teil aus dem Planungsgebiet in Richtung Saarbrücker Straße.
9. Die vorgesehene Wohnbebauung, insbesondere der Geschosswohnungsbau, ist, sowohl was die Anzahl der Wohneinheiten als auch die vorgesehenen Standorte angeht, kritisch zu überprüfen. Es ist zu prüfen, inwieweit im Umfeld der Rad- und Fußwege insbesondere im nordöstlichen Bereich eine Einfamilien – oder Zweifamilienhausbebauung möglich ist, um die soziale Kontrolle zu verstärken. Die neue Siedlung soll für Bürgerinnen und Bürger aller Einkommensschichten attraktiv sein. Es wird daher begrüßt, dass vom Vorhabenträger neben Einfamilienhäusern und freifinanziertem Geschosswohnungsbau auch ein Anteil geförderter Wohnungsbau vorgesehen ist. Der Ratsbeschluss vom 13.12.2007 ist zu beachten. Wohnungspolitisches Ziel ist eine soziale Mischung der Quartiere. Der Vorhabenträger ist daher in der Verantwortung, durch eine verantwortliche Belegungspolitik dafür Sorge zu tragen, dass eine sozial ausgewogene Bewohnerstruktur in der neuen Siedlung entsteht und dauerhaft erhalten bleibt.
10. Von den Sozialeinrichtungen erwarten wir als Schwerpunkte ihrer Bauten, dass diese zukunftsorientierte Wohnformen wie z.B. Mehrgenerationenwohnen und Angebote für betreutes Wohnen sowie Wohnen im Alter und ein Wohnprojekt für Frauen umfassen.
11. Es soll dargestellt werden, ob die Siedlung als beispielhaftes Projekt für soziales und ökologisches Bauen errichtet werden kann. Zu prüfen ist, ob beispielsweise Solarenergie (Solardächer), Fotovoltaik, Erdwärme, Wasserpumpen und andere moderne Energienutzungen eingesetzt werden können.
12. Der vorgesehene Stellplatzschlüssel, der derzeit nur einen Stellplatz pro Hauseinheit vorsieht, muss realitätsnäher gestaltet werden. Es sind außerdem eine ausreichende Zahl öffentlicher Stellplätze auszuweisen.
13. Es soll geprüft werden, ob die geplante Kindertagesstätte, die auch der Versorgung des übrigen Ostheimer Gebietes dienen soll, nach Nordosten verschoben werden kann.
14. Wir erwarten von der Verwaltung Aussagen, inwieweit bzw. durch welche Maßnahmen die Versorgung des neu zu errichtenden Wohngebietes mit Sozial- und Bildungseinrichtungen gesichert werden kann (Kindertagesstätten, Grundschule).

15. **Im Zentrum des Planungsgebietes sollen Einzelhandel zur Nahversorgung, Arztpraxen und Gastronomie zulässig sein. Die Verwaltung soll darüber hinaus darlegen, ob die Infrastruktur der Stadtteile Ostheim und Vingst (Ärzte, Einzelhandel) die Versorgung der zusätzlichen Einwohner gewährleisten kann und welche Maßnahmen ggf. ergriffen werden müssen.**
16. **Im Planungsgebiet müssen ausreichend Spielmöglichkeiten für Kinder aller Altersgruppen nachgewiesen werden.**
17. **Die Vorhabenträger, insbesondere die Sozialimmobilien, werden gebeten, im Planungsgebiet einen Gemeinschaftsraum vorzusehen, der für die Bewohner der neuen Siedlung aber auch für bestehende Ostheimer Vereine und Initiativen nutzbar ist.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Kiesgrube Meschenich - B-Plan-Aufstellung Stellungnahme zur Anfrage von RM Waschek im Stadtentwicklungsausschuss vom 24.06.2008 TOP 18.1 4150/2008

Mit der vorliegenden Verwaltungsantwort zeigt sich RM Waschek nicht zufrieden, da die getroffenen Aussagen konkret zur Kiesgrube Meschenich zu dünn seien. Ihm sei bekannt, dass seitens der Verwaltung gegenüber dem Betreiber die Information erteilt worden sei, die Bademöglichkeit im Süden der Kiesgrube sei vom Tisch. Diese Aussage verwundere ihn. Der nördliche Bereich sei deshalb problematisch, da die Verkehrsanbindung Meschenich und Immendorf belaste. Vor diesem Hintergrund habe er den südlichen Bereich vorgeschlagen. Im Westen des südlichen Bereichs habe bereits eine Rekultivierung stattgefunden, wodurch nur noch der Osten des südlichen Bereichs verbleibe. RM Waschek bittet um Auskunft, in welchen Ausschüssen die Rekultivierung und die Herstellung und das, was bezüglich der Regionale 2010 hier beschrieben ist, beschlossen worden sei.

Beigeordneter Streitberger verweist in diesem Zusammenhang auf die Zuständigkeit des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün. Der Beigeordnete regt aus arbeitsökonomischen Gründen an, keine erneute Mitteilung für diesen Ausschuss zu fertigen, sondern den Stadtentwicklungsausschuss bei zukünftigen Vorlagen für den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün in dieser Thematik einzubinden. Weiterhin teilt Herr Streitberger mit, dass die Rekultivierungspläne Bestandteil der zwanzig Jahre alten Genehmigung seien. Im Übrigen sei wichtig, über die Grenzen hinweg in einem Gesamtkonzept zu denken.

1.2 Beantwortung der Anfrage des RM Dr. Müser im Auftrag von RM Detjen aus der 42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, TOP 18.1 vom 11.09.2008 betr. den Sachstand Christuskirche 4477/2008

RM Detjen bedankt sich für die Antwort und bittet um weitere Mitteilung, wenn die Abstimmung bezüglich des Neubaus mit der Denkmalpflege stattfindet. Beigeordneter Streitberger schlägt vor, zum Zeitpunkt einer Genehmigung eine Mitteilung für den Ausschuss zu fertigen.

2 Schriftliche Anfragen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anträge

3.1 Auenviertel Rodenkirchen - Aufstellung eines Bebauungsplanes Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2008 AN/2000/2008

Vorsitzender Klipper begründet den Antrag. Dabei geht er auf massive Gebäude bzw. Hinterlandbebauungen ein, die nach seiner Auffassung bzw. auch nach Auffassung von Bürgern nicht in die Umgebung passen (Beispiel Grüngürtelstraße).

RM Waschek fragt an, wie viele Bauanträge in dem genannten Bereich in den letzten Jahren gestellt bzw. zum Tragen gekommen seien, die zu dieser von Herrn Klipper beschriebenen unerwünschten Entwicklung geführt haben. Nach seiner Auffassung handele es sich um ein relativ homogenes Gebiet mit besonderem Charakter.

RM Moritz geht davon aus, dass die Verwaltung in besonderen Gebieten mit Entwicklungsveränderungsdruck den Ausschuss im Rahmen von entsprechenden Vorlagen auf möglicherweise den Gebietscharakter sprengende Entwicklungen hinweist. In diesem Zusammenhang gebe es spezielle auferlegte Kriterien (z. B. Anzahl der Wohnungen im Objekt, Länge und Höhe der Fassade etc.). Eine rein prophylaktische Aufstellung eines Bebauungsplanes erachte sie deshalb als nicht erforderlich und bittet daher ebenfalls um die von RM Waschek erbetene Prüfung.

Beigeordneter Streitberger sagt zu, dies bis zur nächsten Sitzung zu recherchieren.

Der Antrag wird in die nächste Sitzung vertagt.

3.2 Erhalt der Ausstellung der Info-Box im Rheinauhafen Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 23.10.2008 AN/2074/2008

RM Sterck begründet den Antrag.

RM Moritz teilt das Anliegen zwar, stellt jedoch zur Diskussion, ob der Antrag geeignet sei, dies umzusetzen. Zunächst sei zu trennen zwischen der Box als solche und deren Inhalt. Die Box sei laut Auskunft der HGK so marode, dass sie nicht mehr aufbaubar sei. Ein anderes Thema sei der Inhalt, also die Ausstellung selbst. Nach ihren Informationen gebe es eine Frau, welche im Zusammenhang mit Stadtführungsprojekten diese Ausstellung gerne übernehmen und im Rheinauhafen in einer Gewerbeeinheit im Rahmen von privatem Engagement ausstellen würde. Wichtig sei, dass die Öffentlichkeit Zugang zu dieser Ausstellung habe, insofern sei das Engagement dieser Frau sehr zu begrüßen. RM Moritz regt an, zunächst zu recherchieren, ob diese Informationen zutreffend sind, und solange den Antrag zurück zu stellen.

RM Waschek gibt die Information des Aufsichtsratsvorsitzenden wieder, wonach die gesamte Box schlecht woanders wieder aufgebaut werden könne. Der Inhalt sollte jedoch nach seiner Auffassung auf jeden Fall weiter verwendet werden.

Vorsitzender Klipper kann sich mit Blick auf die seinerzeitigen Kosten nicht vorstellen, dass die Box tatsächlich nach einer so kurzen Zeit von sechs Jahren so marode ist, dass sie nicht verlegt werden könne. Nach seiner Einschätzung wäre eine Demontage und Aufstellung an einem anderen Ort günstiger, als die Erstellung einer neuen Box. Deshalb sollte zunächst genau geprüft werden; dabei bittet er die Verwaltung, dafür Sorge zu tragen, dass seitens der HGK zwischenzeitlich keine Fakten geschaffen werden.

Beigeordneter Streitberger stellt klar, dass er dies ohne Beschluss nicht beeinflussen könne.

RM Sterck betont, dass es ihm in dem Antrag um die „Software“, also den Inhalt der Box gehe. Im Übrigen wirbt er dafür, heute einen Beschluss zu fassen und ist bereit, den Antrag im Sinne der Mehrheiten abzuändern.

RM Dr. Bürgermeister greift dies auf und regt an, auch andere Ausstellungsorte – außerhalb des Rheinauhafens – in Betracht zu ziehen. Der letzte Satz des Antrages sei in jedem Fall zu streichen.

Nach kurzem Austausch schlägt RM Sterck eine Umformulierung des Antrages vor, über welchen der Vorsitzende abstimmen lässt.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, kurzfristig Verhandlungen mit der HGK dahingehend aufzunehmen, dass die Ausstellung über das Projekt Rheinauhafen in der Info-Box am Harry-Blum-Platz erhalten bleibt. Zu diesem Zweck ist zu prüfen, inwieweit durch die HGK oder einen Dritten eine Gewerbeeinheit im Rheinauhafen anzumieten bzw. die Ausstellung zum Beispiel in Räumlichkeiten im Hafenamt unterzubringen ist. Sollten die Verhandlungen mit der HGK nicht positiv verlaufen, wird die Verwaltung aufgefordert, den Stadtentwicklungsausschuss kurzfristig zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

--/--

4.2 Beleuchtungskonzept Rheinauhafen -- mündlich --

zurückgezogen

4.3 Bildungslandschaft Altstadt-Nord -- mündlich --

Beigeordneter Streitberger stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den gegenwärtigen Stand der Planungen zur Bildungslandschaft Altstadt-Nord vor. *Die Präsentation wird im Nachgang zu der Sitzung allen Fraktionen per CD zur Verfügung gestellt.*

Vorsitzender Klipper dankt für den umfassenden Vortrag und bittet um Auskunft, wie viel von dem ganzen Raum inklusive Einzäunungen für die Schullandschaft reserviert sei, bzw. wie viel Raum noch für die Nutzung durch die Öffentlichkeit übrig bleibe.

Beigeordneter Streitberger verweist auf das Erfordernis, die Räume so anzulegen, dass sie auch funktionieren. So sei es z. B. wichtig, für Grund- und Hauptschule keinen gemeinsamen Schulhof vorzusehen. Für ihn stehe die Qualität im Vordergrund.

RM Dr. Bürgermeister erachtet das Projekt als interessant und mit Blick auf das Thema Bildungslandschaft auch als wegweisend. Der Eingriff in den Grünbestand müsse noch einmal überprüft werden. Wichtig sei eine Akzeptanz in der Bürgerschaft.

Auch RM Moritz hält den bildungspolitischen Ansatz für sehr interessant. Die Vernetzung von Schulen mache diese attraktiver, integrativer und ökonomischer. Vor diesem Hintergrund sei die Lage der Mensa an der geplanten Stelle hervorragend. Allerdings handele es sich bei der zur Rede stehenden Anlage um die einzige nutzbare Grünanlage in der inneren Innenstadt. Insofern bestehe eine besondere Empfindlichkeit bei den Bewohnern der Innenstadt; sie bittet die Verwaltung, bei der Überarbeitung der Planung hierauf Rücksicht zu nehmen. Zudem, so RM Moritz, stünden an dem für die Mensa vorgesehenen Hügel fataler Weise die meisten Bäume. Durch verschiedenste Bauprojekte im Innenstadtbereich haben bereits zahlreiche Fällmaßnahmen stattfinden müssen. Wichtig sei vor diesem Hintergrund die Ersatzpflanzung von Bäumen. Bezogen auf das Mensagebäude erklärt RM Moritz, dass das Gebäude ihrer Auffassung nach viel zu lang sei. Überdies sei zu überlegen, das Hauptschulgebäude von dem Park in den versiegelten Bereich reinzuziehen. Die geplante Überwegung über die Kyotostraße stelle sie sich aufgrund des vorhandenen Verkehrs schwierig vor. RM Moritz bittet um Auskunft, ob die Finanzierung der Investitionen gesichert sei und wie sich der zeitliche Ablauf für die Umsetzung darstelle.

Sachkundiger Einwohner Hilden weist unter Bezugnahme auf die von RM Moritz angesprochenen Kriterien darauf hin, dass diese im Rahmen des Wettbewerbs in Augenschein genommen worden seien. Zudem macht er darauf aufmerksam, dass die Grundlage für diesen Wettbewerb Mehrräume für 220 Schüler gewesen sei. Die Qualität der Parklandschaft könne mit den Planungen erheblich verbessert werden.

Aus Sicht von RM Detjen ist eine Realisierung des geplanten Projektes schwierig. Weiterhin macht RM Detjen auf zwei vorhandene NS-Denkmäler aufmerksam.

Beigeordneter Streitberger erklärt, dass er ebenfalls das Mensagebäude geringer dimensionieren würde; die Anordnung des Gebäudes, vor allem wegen der Eingrabung in den Hügel, halte er für einen sehr guten Ansatz. Für den Überweg Kyotostraße, welcher aus verkehrlichen Gesichtspunkten genau zu überprüfen sei, setze er sich sehr stark ein. Voraussetzung hierfür sei, dass das Abendgymnasium tatsächlich in das Vorhaben eingebunden werde. Zum Ablauf teilt der Beigeordnete mit, dass es jeweils einen Baubeschluss für das Hansagymnasium und für die Hauptschule gebe. Die übrigen Vorhaben seien nicht finanziert.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Städtebauliche Neuordnung Dionysoshof/Baptisterium als Bestandteil des "Integrierten Handlungskonzeptes Umfeld Kölner Hauptbahnhof" 3302/2008

Vorsitzender Klipper macht darauf aufmerksam, dass die Gutachten, insbesondere das Lärmgutachten, einfließen sollen.

RM Dr. Bürgermeister erachtet die Hinweise des Gestaltungsbeirates als sehr hilfreich. Diese sollten sozusagen als Überschrift in die weitere Gesamtbetrachtung mitgenommen werden.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ergebnisse des Workshops "Dionysos-hof/Baptisterium" aus dem Jahr 2002 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, auf der Grundlage der Empfehlungen des Preisgerichtes die Architekten Allmann/Sattler/Wappner mit einer Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Inhalte und Ziele dieser Studie sind zunächst die Überarbeitung des Entwurfskonzeptes unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Preisgerichtes und der Nachweis der tragwerksplanerischen Machbarkeit. Erst auf Grundlage dieser Machbarkeitsstudie können die Gesamtkosten der Maßnahme realistisch abgeschätzt werden.

Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sind dem Stadtentwicklungsausschuss, dem Verkehrsausschuss und der Bezirksvertretung Innenstadt zur Kenntnisnahme und Entscheidung vorzulegen.

Die Aufwendungen in Höhe von insgesamt 80.000 € brutto sind im Doppelhaushalt 2008/2009 im Teilplan 1201 – Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.2 Sanierung Finkenberg in Köln-Porz
Entwurf zur Umgestaltung des Nahbereichszentrums Finkenberg
3479/2008**

RM Dr. Bürgermeister begrüßt die Maßnahme grundsätzlich sehr, bittet jedoch um Auskunft zu der Jugendpartie, da sich in diesem Bereich Probleme mit der Kindertagesstätte ergeben hatten. Es wird darum gebeten, dies in der Verwaltung entsprechend zu kommunizieren, damit die Maßnahme realisiert werden kann.

Nach Auffassung von Vorsitzendem Klipper sei zu vermeiden, dass die Bestandsgebäude in der Umgestaltung vernachlässigt werden bzw. dass die Realisierung des Discounters zu stark im Vordergrund stehe. Sinnvoll wäre es, zuerst die Bestandsgebäude umzubauen bzw. zu renovieren und danach erst den Discounter zu bauen. Wichtig sei, dass der gesamtheitliche Ansatz realisiert werde.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Verkehrsausschuss, den Sanierungsbeirat und in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.3 Workshop zur weiteren Entwicklung und Nutzung des 3 D-Stadtmodells in der Verwaltung 4024/2008

RM Moritz bekräftigt das Anliegen, wonach das, was die Verwaltung an Material für eine bessere Planung erarbeite – so auch das Stadtmodell – später auch den Bürgern zugänglich gemacht werde. Zudem äußert sie den Wunsch, auch Gruppen, die an der Planung beteiligt sind, nämlich HDA, BDA und Leitbildgruppe, ebenfalls in den Workshop einzubeziehen. Weiterhin hoffe sie, dass das 3 D-Modell dem gebauten Stadtmodell unter dem Blickwinkel Betreuung und finanzielle Ausstattung nicht zum Nachteil gereiche, da ihres Erachtens das gebaute Stadtmodell nicht durch das 3 D-Modell zu ersetzen sei.

Auch RM Dr. Bürgermeister unterstreicht den Wunsch nach Nutzung des 3 D-Stadtmodells durch die Öffentlichkeit. Die vorgeschlagene Einbindung der Fachleute halte sie für keine schlechte Idee. RM Dr. Bürgermeister und Vorsitzender Klipper bitten, die Gesamtkosten des Projektes darzustellen.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Frau Müller, informiert, dass die Stadt Köln seit zwei Jahren in einem Arbeitskreis das 3 D-Stadtmodell erarbeite. Das Modell werde zunächst grob erstellt und in einem nächsten Schritt verfeinert. Die Kosten für die zur Veröffentlichung erforderliche Software belaufen sich auf etwa 50.000 €; Mittel seien hierfür zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhanden. Pro Jahr seien somit jeweils 100.000 € erforderlich für die Bereitstellung der Software und für die Fortschreibung des Modells. Die Veröffentlichung solle im Geo-Portal der Stadt Köln erfolgen.

Zum Stadtmodell führt Frau Müller aus, dass die Stelle des Modellbauers derzeit nicht besetzt sei und dass das Modell zurzeit seiner Pflege entbehre. Der bestehende Auftrag, mit den Fachhochschulen unter Beteiligung des früheren Modellbauers informell weiter zu arbeiten, wurde zwar vollzogen, jedoch sei diese Vorgehensweise nicht langfristig tauglich. Derzeit werde zwar mit der Fachhochschule ein Kooperationsvertrag zur Bearbeitung von Modellplatten erarbeitet, jedoch seien die haftungsrechtlichen Fragen hierbei nicht einfach.

RM Sterck regt an, das 3 D-Modell im Ausschuss vorzustellen. Die Ausführungen von Frau Müller zu dem haptischen Stadtmodell könne er nicht ganz nachvollziehen, da seitens des Ausschusses immer wieder Unterstützung zugesagt worden sei. Für die Aktualisierung des Modells bzw. die Stellenbesetzung seien zudem sogar Mittel in den Haushalt gestellt worden. Aus seiner Sicht sollte das Stadtplanungsamt eine entsprechende Vorlage für den Ausschuss fertigen.

RM Moritz spricht die nach ihren Informationen im Liegenschafts-/Kataster-/ bzw. Stadtplanungsamt vorhandenen separaten und nicht kompatiblen bzw. austauschbaren Informationssysteme an.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Klipper nach den für die erste Stufe des 3 D-Stadtmodells bereitzustellenden finanziellen Mitteln erklärt Frau Müller, dass neben den einmaligen Kosten für den Workshop in Höhe von 11.000 € jährlich 100.000 € (50.000 € für die Pflege und 50.000 € für die Software) anfallen. Hierin berücksichtige sei die jährliche Aktualisierung mit feineren Rastern.

Eine von RM Moritz vorgeschlagene Einbindung von HDA, BDA und Leitbildgruppe sei in diesem Fall nicht möglich, da in einem System gearbeitet werden müsse, welches den verwaltungstechnischen Anforderungen entspreche. Die fachtechnischen Bedarfe und Anforderungen müssten zunächst verwaltungsintern geklärt werden. Im weiteren Verfahren, d. h., wenn eine Veröffentlichung erfolgt sei, stelle sich die Sachlage wieder anders dar. Zur Frage der verschiedenen, in den Ämtern vorhandenen Systeme erklärt die Leiterin des Stadtpla-

nungsamtes, dass die Systeme aufeinander abgestimmt werden. Das GEO-Portal der Stadt Köln werde derzeit erarbeitet, sei jedoch noch nicht veröffentlicht.

Beigeordneter Streitberger erklärt ergänzend, dass das von Frau Müller angesprochene GEO-Portal die städtischen Bebauungspläne veröffentlichen werde. Zur Inkompatibilität von vorhandenen Systemen greift der Beigeordnete die Systeme des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik und des Amtes für Liegenschaften und Kataster auf, die unterschiedlich strukturiert seien. Derzeit gebe es noch einen Dissens, allerdings gebe es hier eine positive Entwicklung.

Beschluss:

1. Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das Konzept für die Durchführung eines Workshops zur weiteren Entwicklung und Nutzung des digitalen 3 D-Stadtmodells durch die Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Workshop durchzuführen.
2. Der Finanzausschuss beschließt die Mittelfreigabe der Aufwendungen in Höhe von 11.000 €, die für das Haushaltsjahr 2008 im Teilplan 0901-Stadtplanung und -entwicklung, in Teilplanzeile 16-sonstige ordentliche Aufwendungen, veranschlagt sind.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Neubau einer Abstellanlage für S-Bahnen in Köln-Nippes
hier: Stellungnahme der Stadt Köln im Rahmen der Beteiligung der Träger
öffentlicher Belange
4244/2008**

Beigeordneter Streitberger macht auf die noch intensivere Nutzung des Areals aufmerksam. Hierdurch ändere sich allerdings nichts an dem Zuführungsgleis zu dieser Anlage aus Sicht des Antragstellers.

Die Leiterin des Bauverwaltungsamtes, Frau Thiemann, erklärt, dass der Beschluss der Bezirksvertretung die Stellungnahme der Verwaltung verdeutlicht habe.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme der Stadt Köln zum Plangenehmigungsverfahren zum Neubau einer Abstellanlage für S-Bahnen in Köln-Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO (neue Fassung) in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 Anwendung bei Finanzstelle 1502-0901-6-4560, Dach S-Bahn-Station Chorweiler Nord
3355/2008**

Vorsitzender Klipper erachtet die Kostensteigerung von ursprünglich rund 1,2 € auf 1,7 Mio. € als bedauerlich.

Beigeordneter Streitberger teilt mit, dass aktuell weitere Kostenerhöhungen entstanden seien und in absehbarer Zeit mit einer weiteren Vorlage zu rechnen sei.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Kostenerhöhung um 370.500 € bei Finanzstelle 1502-0901-6-4560, Dach-S-Bahn-Station Chorweiler-Nord gemäß § 24 Absatz 2 GemHVO (neue Fassung) in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nach dem jetzigen Stand 1.752.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide)
3544/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt, gem. § 27c Abs. 1 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 2000 (GV.NRW.S.568), zuletzt geändert am 19. Juni 2007 (GV.NRW.S.226), ber. 15. August 2007 (GVBl.S.316),

1. den Entwurf der 10. Änderung des Landschaftsplans Köln (Naturschutzgebiet Dellbrücker Heide) gemäß den Anlagen 1 und 2 für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen,
2. den Auslegungsbeschluss öffentlich bekannt zu machen,
3. die Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.3 Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes 'Rheinboulevard Mülheim-Süd mit Grünzug Charlier'
hier: Satzungsbeschluss
3601/2008**

Aufgrund der besonders hohen Bedeutung der Grünzüge für den mit Grün unterversorgten Stadtteil Mülheim und aus stadträumlicher Sicht regt RM Moritz an, die im nördlichen Bereich vorgesehene Verbindung der den Rhein begleitenden Grünflächen mit der Deutz-Mülheimer Straße nach Süden bis auf die Höhe der Einmündung Danzierstraße zu erweitern. Dazu ist das in diesem Bereich gelegene denkmalgeschützte Gebäude des hier überplanten ehem.

Fabrikgeländes Lindgens Druckfarben zu integrieren. So könne eine begrüßenswerte grüne Sicht- und Wegebeziehung von der Danzierstraße aus kommend in Richtung Rhein realisiert werden. Die neu vorgeschlagene südliche Begrenzung des Sanierungsgebietes zwischen Hafenstraße und Deutz-Mülheimer Straße ist hier demnach identisch mit dem Bebauungsplan-Aufstellungsbeschluss Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße (183-185), vgl. TOP 10.7 dieser Sitzung.

Vorsitzender Klipper schlägt vor, diese Anregung mit in die weitere Beratung zu geben.

Sachkundiger Einwohner Soénus empfindet die hiesige Darstellung des Grünzuges als widersprüchlich zu der Darstellung im Rechtsrheinischen Entwicklungskonzept.

Herr Wevering vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik geht hierauf ein und erklärt, dass diese Vorlage den Darstellungen und Zielen des Rechtsrheinischen Entwicklungskonzeptes – Teilraum Nord für Mülheim Süd entspricht und dieses Konzept in der Umsetzung voranbringen soll. Dabei sei versucht worden, das Sanierungsgebiet mit der vorgeschlagenen Abgrenzung so eng wie möglich zu fassen, um Komplikationen mit angrenzenden Flächen zu reduzieren.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage **mit der Ergänzung** zur Anhörung in die Bezirksvertretung 9 – Mülheim und in den Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün und verzichtet nicht auf Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.4 Entwicklungskonzept Porz-Mitte 3629/2008

vertagt in die Sitzung am 27.11.2008

6.5 Oberflächenwiederherstellung Nord-Süd Stadtbahn hier: Ausbau und Neugestaltung des Breslauer Platzes 4190/2008

RM Sterck merkt folgende Punkte an:

1. Unter Bezugnahme auf Punkt 2 des Beschlussvorschlages und die dort geforderte Zustimmung der Behindertenverbände erscheint es RM Sterck fraglich, ob die in der Beschreibung der Planung dargestellte Umsteigebeziehung überhaupt genutzt werde, da sowohl am Rathaus, als auch am Ebertplatz Umsteigemöglichkeiten am selben Bahnsteig bestünden.
2. Mit Blick auf das laufende Workshopverfahren erachtet RM Sterck die unter Punkt 5 des Beschlussvorschlages angeführte Festlegung bezüglich der Kurzzeitparkplätze als zu verfrüht.
3. Da die massiven Fußgängerbeziehungen – insbesondere durch die Schüler des Ursulinengymnasiums – auf der Westseite der Johannisstraße stattfinden, sollte der westliche Fußgängerweg verbreitert und der auf der Ostseite geschmälert werden.

4. Es sei zu diskutieren, wie die Radfahrstation attraktiver gestaltet werden könne; eine entsprechende Initiative kündigt er für den Verkehrsausschuss an.
5. Weiterhin bittet RM Sterck die Verwaltung, alle Möglichkeiten auszunutzen, um den Prozess zur Wiederherstellung des Breslauer Platzes zu beschleunigen.

Beigeordneter Streitberger geht auf die Anmerkungen ein. Dabei stellt er dar, dass sich die Verwaltung mit den Behindertenverbänden auf einer sehr guten Gesprächsebene befinde. Die im Beschlusstext aufgeführte Voraussetzung der Zustimmung durch die Behindertenverbände erachte er nicht als problematisch sondern eher als Formalie. Mit Verweis auf die zweite Anmerkung von RM Sterck ersucht der Beigeordnete den Ausschuss, dieser Formulierung im Beschlussvorschlag zuzustimmen, da die DB hiervon einiges abhängig mache. Die Anregung zur Fußwegesituation in der Johannisstraße werde die Verwaltung prüfen. Zum Zeitplan erklärt Herr Streitberger, dass die Verwaltung mit der KVB hart verhandelt.

RM Dr. Bürgermeister unterstützt das Ansinnen von RM Sterck dahingehend, dass bei der Stellplatzfrage eine gewisse Flexibilität erhalten bleiben sollte. Sie regt an, den Beschlusstext entsprechend zu ändern. Zudem bittet sie den Beigeordneten um konkrete Auskünfte zu der Anzahl der bisherigen bzw. zukünftigen Stellplätze. Überdies fragt Frau Dr. Bürgermeister an, ob es zutreffend sei, dass die geplante Brunnenanlage vergrößert werden solle bzw. ob dies sinnvoll sei.

RM Moritz spricht sich mit Blick auf mobilitätseingeschränkte Menschen nicht für hohe Bordsteinkanten, sondern für die Verwendung von taktilen Elementen und ebenerdige Übergänge aus. Zudem erachte sie die Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen zur Erreichung einer größeren Attraktivität als erstrebenswert.

Vorsitzender Klipper schließt sich der Einrichtung von Taxiein- und -ausstiegsplätzen an beiden Ausgängen an.

Sachkundiger Einwohner Soénius befürwortet die Einrichtung von Kiss-and-Ride-Plätzen nicht zwischen Johannis- und Altenbergerstraße, sondern näher am Bahnhof. Weiterhin geht er von einem im Verhältnis zum Bestand erhöhten Bedarf an Taxiplätzen aus und hält ebenfalls das Vorsehen von Taxiein- und -ausstiegsplätzen für erforderlich.

Beigeordneter Streitberger berichtet, dass das Verhandlungsergebnis mit der DB zu einer Erhöhung von 40 auf 62 Stellplätze geführt habe. Nach seiner Auffassung sollte der Brunnen in seiner Größe etwas großzügiger sein als in dem Planungsentwurf. Die Fläche des Brunnens könne begangen werden, sofern der Brunnen nicht in Betrieb sei. Die geplante Fläche selbst sei nicht eben, sondern zur Maximinenstraße leicht ansteigend. Taktile Elemente, welche sich auf Wunsch der Blindenverbände auf der Gehwegseite befinden sollen, würden eingebaut, so der Beigeordnete. Gegen Taxiein- und -ausstiegsplätze wehre er sich, da es seiner Auffassung schwierig sei, Taxifahrer entsprechend zu disziplinieren. Weiterhin teilt Herr Streitberger mit, dass nach seiner Einschätzung Kiss-and-Ride-Plätze in der Tiefgarage nicht funktionieren werden. Deshalb würden die Kurzzeitparkplätze in der Maximinenstraße als Kiss-and-Ride-Plätze fungieren. Es sei wichtig, die unterschiedlichen Verkehre auseinander zu halten, was zwar nicht für jeden Einzelnen, jedoch in der Gesamtschau das Optimale sei. Die Anzahl der geplanten Taxiplätze sei mit dem Taxiruf abgestimmt, so der Beigeordnete.

Auf Bitte von RM Moritz sagt der Beigeordnete zu, mit der Behindertenbeauftragten der Stadt Köln über die Gestaltung der Markierungen für Blinde und Sehbehinderte zu sprechen.

Als Kompromiss zu dem Thema DB-Kurzzeitparkplätze schlägt Beigeordneter Streitberger vor, den Punkt 5 des Beschlussvorschlages um die Ergänzung *...oder an einem anderen mit*

der DB abgestimmten Platz... zu erweitern. Über den Beschlussvorschlag in der so geänderten Form lässt der Vorsitzende abstimmen.

geänderter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Ausführungs- und Gestaltungsplanung des Breslauer Platzes zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

1. die notwendigen Abstimmungen mit der KVB fortzuführen, mit dem Ziel, den Ausbau der Verkehrsflächen (Maximinenstraße, nördliche Nebenanlagen und Kreisverkehr Johannisstraße/Goldgasse) im Rahmen der Maßnahme Nord-Süd Stadtbahn ab November 2008 - 2010 durchzuführen. Die Materialien aus dem Gestaltungskonzept sollen dabei verwendet werden.
2. zu prüfen, ob auf eine Signalisierung an den Fußgängerüberwegen Domstraße und Altenberger Straße verzichtet werden kann. Voraussetzung ist eine Zustimmung der Behindertenverbände.
3. die Umsetzung einer Wasserdüsen-/Brunnenanlage auf der zentralen Platzfläche weiter zu verfolgen und die Planungen den Gremien des Rates vorzulegen.
4. die Umgestaltung der Platzflächen nach Abschluss der Stadtbahnmaßnahme durchzuführen.
5. die erforderlichen Vereinbarungen mit der Bahn AG abzuschließen, mit dem Ziel, die DB-Kurzzeitparkplätze auf dem Gelände unter den Gleisanlagen und Teilen des ehemaligen Ämtergebäudes **oder an einem anderen mit der DB abgestimmten Platz** auszubauen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet
"Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen behandelt.

**6.7 Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Stadt Köln durch die Verwaltung
2617/2008**

RM Moritz bittet darum, die Vorlage auch im Ausschuss Soziales und Senioren zu beraten. Zudem merkt sie an, dass die Vorlage inhaltlich nicht mit den Haushaltsbeschlüssen übereinstimme. Stutzig mache sie vor dem Hintergrund der derzeit finanziell eher unüberschaubaren Situation, dass über Mittel für 2010/2011 entschieden werden solle, obgleich sie sehr mit den Millenniumszielen sympathisiere.

Vorsitzender Klipper hält fest, dass angeregt wird, den Ausschuss für Soziales und Senioren zu beteiligen. Danach lässt er über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt das MDG-Aktionsprogramm der Stadt Köln zur Umsetzung der Millenniums-entwicklungsziele in vorgelegter Form.
2. Der Rat stellt dafür ab dem Haushaltsjahr 2010 jährlich 250.000 € zur Verfügung. Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2010 zu veranschlagen.
3. Der Rat beauftragt 01/4 – Büro für Internationale Angelegenheiten - mit der Koordination sowie der Vergabe und Kontrolle der dafür zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel.
4. Der Rat beschließt des Weiteren zum Stellenplan 2010 die Einrichtung einer zusätzlichen zunächst bis 31.12.2012 befristeten halben Personalstelle StOI BesGr. A 10 BBO für die Umsetzung der vom Schulverwaltungsamt aufgeführten Maßnahmen. Sofern mit der Umsetzung bereits zum 01.01.2010 begonnen werden sollte, wird bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2010 verwaltungsintern eine entsprechende Verrechnungsstelle zur Verfügung gestellt.
5. Der Rat der Stadt Köln bekundet seinen Willen, dass ein Einsatz von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in entwicklungspolitischen Projekten gewünscht und entsprechend von den Fachdienststellen ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.8 Neubau Bezirksrathaus Rodenkirchen - Realisierungswettbewerb 4300/2008

vertagt in die Sitzung am 27.11.08

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

9.1 Städtebauliches Planungskonzept "Äußere Kanalstraße/Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld"; hier: Stellungnahme der Bezirksvertretung Ehrenfeld zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung, Entscheidung über die Vorgaben zum Bebauungsplan 3972/2008

vertagt in die Sitzung am 27.11.08

- 9.2 Städtebauliches Planungskonzept**
Arbeitstitel: Lindenallee in Köln-Marienburg
- 1. Stellungnahmen der Bezirksvertretung Rodenkirchen zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung**
 - 2. Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 68406/02 4125/2008**

Vorsitzender Klipper stellt fest, dass vieles von den Anregungen der Bezirke übernommen worden sei.

Er bittet um Darstellung der Ansicht von der Lindenstraße aus. Diese Ansicht wird darauf an die Leinwand projiziert. Vorsitzender Klipper bittet darum, diese Ansicht auch der Bezirksvertretung Rodenkirchen zur Verfügung zu stellen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

- 10.1 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes**
Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz
3319/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB einen Bebauungsplan für ein ca. 1 200 m² großes Teilgrundstück aus dem Flurstück 339, Flur 58 der Gemarkung Köln-Efferen, (maßgeblich gelegen zwischen Elzstr. 8 und Neuenhöfer Allee 33) in Köln-Sülz — Arbeitstitel: Elzstraße in Köln-Sülz— aufzustellen mit dem Ziel, eine zweigeschossige viergruppige Kindertagesstätte für ca. 60 Kinder festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.2 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58480/03 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB)**
Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen
3345/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Baugesetzbuch (BauGB), den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 58480/03 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet des Tillmannsviertels im Bereich des Neubaugebietes Widdersdorf Süd, westlich der geplanten internationalen Schule und nördlich der im Bau befindlichen neuen Haupterschließungsstraße —Arbeitstitel: Widdersdorf Süd (neu) in Köln-Widdersdorf, 1. Änderung Tillmannsdörfchen— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 5945/03
Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich
3370/2008**

Beigeordneter Streitberger macht auf einen Fehler im Beschlusstext der Vorlage aufmerksam. Zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlages müsse das Datum richtig 24.05.1984 (und nicht 25.04.1984) lauten. Er bittet dies entsprechend bei der Beschlussfassung zu berücksichtigen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. den Aufstellungsbeschluss vom 23.06.2006 betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 um das Gebiet der planfestgestellten Schienentrasse (Eisenbahnlinie Köln-Aachen) —Arbeitstitel: Gewerbegebiet Dieselstraße in Köln-Lövenich— zu verkleinern;
2. den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 5945/03 für das Gebiet zwischen der Kölner Straße im Norden, der Bundesautobahn A 1 im Osten, der Bahnstrecke Köln-Aachen im Süden und der rückwärtigen Grenze des Grundstückes Dieselstraße 2 im Westen in Köln-Lövenich nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.
3. den vom Rat am 24.05.1984 gefassten Aufstellungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan mit dem Arbeitstitel: Wolfspfad in Köln-Lövenich aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3385/2008**

Vorsitzender Klipper lässt über die Vorlage bzw. die Verweisung der Vorlage abstimmen.

Nach Ablehnung der Vorlage teilt Beigeordneter Streitberger nachrichtlich mit, dass der VEP im Februar dieses Jahres abgelaufen sei, jedoch formal noch aufgehoben werde.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet nördlich von Schloss Arff, östlich bzw. südlich der Grenze zur Stadt Dormagen und westlich der Schloß-Arff-Straße in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Schloß-Arff-Straße (neu) in Köln-Roggendorf/Thenhoven— einzuleiten mit dem Ziel, eine Wohnbebauung mit ca. 20 Wohneinheiten in Form von eingeschossigen Einzel- und Doppelhäusern mit zugehöriger Erschließung und privaten Grünflächen festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen gegen CDU und FDP mehrheitlich **abgelehnt**.

10.5 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03
Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf
3443/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 62461/03 für das Gebiet zwischen Widdersdorfer Straße, der westlichen Grenze der Wohnbaugrundstücke Vitalisstraße 326 – 362 und dem Dansweilerweg betr. die Wohnbaugrundstücke Dansweilerweg 1 – 25 und Manstedter Weg 1 - 25 — Arbeitstitel: Dansweilerweg/Manstedter Weg in Köln-Müngersdorf— nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Waldbadviertel Langendahlweg" in Köln-Ostheim
3471/2008

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vorgezogen behandelt.

10.7 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im beschleunigten Verfahren nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
4186/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.8 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) gemäß § 12 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB
Arbeitstitel: Herrigergasse in Köln-Müngersdorf
4094/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.9 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nr. 67480/03
Arbeitstitel: Clouth-Gelände in Köln-Nippes
2843/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 10.10 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16
Arbeitstitel: Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord
4124/2008**

RM Moritz fragt nach dem Planbedarf. Zudem bittet sie um Auskunft, ob die Grenze von 22,5 m Gebäudehöhe eingehalten sei, da sich dies schwer aus den vorliegenden Unterlagen entnehmen lasse.

Die Leiterin des Stadtplanungsamtes, Frau Müller, klärt auf, dass die Aufstockung um das eine Geschoss planbedürftig sei, da es nicht nach § 34 BauGB genehmigt werden könne. Dabei sei das Vorhaben vereinbar mit dem Höhenkonzept.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Innenstadt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.11 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 63458/02
Arbeitstitel: Oskar-Jäger-Straße/Ölstraße in Köln-Ehrenfeld
3142/2008**

RM Thelen greift den 150 m langen Baukörper an der Oskar-Jäger-Straße auf und fragt nach Vorstellungen hinsichtlich der Fassadengestaltung.

RM Dr. Bürgermeister bittet um Auskunft, ob 25% öffentlich geförderter Wohnungsbau vorgesehen ist; ihres Erachtens sei dies dort möglich.

Herr von Wolff vom Stadtplanungsamt informiert, dass es erste Planskizzen gebe, welche eine deutliche Staffelung in der Tiefe der Fassade vorsehen. Die GruBo werde dieses Bauvorhaben realisieren; es sei davon auszugehen, dass in nennenswertem Umfang öffentlich geförderter Wohnungsbau stattfinden werde.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/ Müngersdorf/ Ehrenfeld und in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.12 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Eckgrundstück Bergisch Gladbacher Straße/Musäusstraße in
Köln-Holweide
4304/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.13 **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Mischgebiet Grüner Weg in Köln-Ehrenfeld
3402/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Ehrenfeld und in den Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/ Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.14 **Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Neue Eiler Straße/Carlebachstraße in Köln-Porz-Eil
4337/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.15 **Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhaben-
bezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "Musical Theater Köln" in Köln-Kalk
4354/2008**

Vorsitzender Klipper erklärt, dass bei einem so großen Objekt grundsätzlich ein Wettbewerb wünschenswert sei. Im vorliegenden Fall sei jedoch davon abzusehen, um das Musical für Köln zu bekommen. Der Vorsitzende bittet darum, bis zur endgültigen Beschlussfassung eine verträgliche Stellplatzvereinbarung zu treffen.

Als problematisch erachtet RM Moritz die Tatsache, dass – sofern der Ansiedlung eines Musicals an diesem Ort zugestimmt werde – eine Ansiedlung auf dem Gelände MesseCity/ Deutz erschwert würde. Weiterhin kritisiert RM Moritz die städtebauliche Entwicklung des ehemaligen CFK-Geländes.

RM Dr. Bürgermeister geht davon aus, dass das neue Musical durchaus positive Impulse für Kalk bringen kann. Nach ihrer Einschätzung seien auch zwei Musicals in Köln denkbar.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Kalk.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

14.1 Aufhebung des Fluchtlinienplan Nr. 4009 Bl. 2- Einleitungs- und Offenlagebeschluss - Arbeitstitel: Ottostraße in Köln-Neu Ehrenfeld 3522/2008

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Ehrenfeld.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

**15.1 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd
Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd
3557/2008**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung 1 – Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt/Süd –Arbeitstitel: Hohe Pforte in Köln-Altstadt/Süd– für das Gebiet zwischen Hohe Straße, Sternengasse, Krummer Büchel, Mühlenbach, östliche Grenze der Grundstücke Mühlenbach 49 sowie Marienplatz 12 und 15, nördliche Grenze der Grundstücke Marienplatz 3 - 15 sowie Kasinostraße 2, Kasinostraße und Pipinstraße in Köln-Altstadt/Süd in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

**16.1 Vorschläge und Anregungen aus den Bezirksvertretungen
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 25.08.2008
-Sürther Feld: separater Bebauungsplan für die Bezirkssportanlage-
4166/2008**

Vorsitzender Klipper lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, der Anregung der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 25.08.2008, für die Bezirkssportanlage auf dem Sürther Feld einen separaten Bebauungsplan aufzustellen, nicht zu folgen und die Planung für das Sürther Feld in Gänze weiter zu betreiben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

17 Mitteilungen

**17.1 Plangenehmigungsverfahren der Deutschen Bahn AG zur Erweiterung der
S-Bahn-Abstellanlage Köln-Nippes
3908/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.2 Bewertung klimarelevanter Wirkungen von Maßnahmen im Rahmen der Re-
gionale 2010 am Beispiel des Freiraumkonzeptes RegioGrün
3112/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**17.3 Beleuchtung des Kranhauses Mitte im Kölner Rheinauhafen
4184/2008**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 geplante Biogasanlage nördlich von Immendorf

RM Waschek teilt mit, dass es nach seinen Informationen einen Bauantrag für eine Biogasanlage nördlich von Immendorf (Krauskauer Weg) geben soll. Er bittet um Auskunft, unter welchen Voraussetzungen dieses Vorhaben zulässig sei bzw. wie sich die Stellungnahme der Stadt Köln diesbezüglich gegenüber dem Regierungspräsidenten gestalten. RM Waschek erklärt, in dem Vorhaben eine verkehrsmäßige Belastung für das Gebiet zu sehen.

Beigeordneter Streitberger informiert, dass Biogasanlagen bis zu einer bestimmten Größe als landwirtschaftliche Anlagen im Außenbereich privilegiert seien. Eine konkretere Beantwortung bezogen auf die Frage von RM Waschek müsse zur nächsten Sitzung erfolgen.

18.2 Grünzug West

RM Moritz verweist auf einen Beschluss aus der Sitzung vom 25.10.2007, wonach die Verwaltung beauftragt worden sei, das Bebauungsplanverfahren „Grünzug West“ prioritär zu bearbeiten und umgehend zum Satzungsbeschluss zu bringen (AN/1214/2007). Sie verweist auf Befürchtungen seitens der Bevölkerung, dass dieser Beschluss nicht weiter verfolgt werde und bittet um entsprechende Auskünfte.

Herr von Wolff vom Stadtplanungsamt informiert, dass gerade die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erfolgt sei; die in diesem Rahmen erfolgen Stellungnahmen würden nunmehr geprüft, so dass im I. Quartal 2009 voraussichtlich der Offenlagebeschluss erfolgen könne. Ihm seien keine größeren Bauvorhaben bekannt, welche dem Beschluss entgegenstehen könnten.

Beigeordneter Streitberger verweist in diesem Zusammenhang auf bestehende Überlegungen, einen Lärmschutzwall an der A 4 zu errichten.

18.3 Schließung eines Real-Marktes

Nach Informationen von RM Detjen soll der Real-Markt in Gremberg geschlossen werden. Er bittet um Auskunft, ob dies zutreffend sei.

Beigeordnetem Streitberger ist nicht bekannt, dass dieser Markt geschlossen werden soll. Es habe allerdings Überlegungen gegeben, den Markt aufzugeben. Diese Überlegungen haben in Verbindung gestanden mit einer Nutzung des Grundstückes in Poll an der Rolshover Straße. Diese Überlegungen seien allerdings aus ökonomischen Gründen nicht weiter verfolgt worden.

18.4 Hubschrauberlandeplatz

Nach Informationen von RM Detjen habe die Bezirksregierung erklärt, dass ein Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg gebaut werden könne. Er bittet die Verwaltung um nähere Auskünfte – z. B. auch zu den Auflagen.

Die Antwort der Verwaltung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

18.5 Vorlage "Im Weichserhof"

RM Detjen fragt nach dem Sachstand zur Vorlage „Im Weichserhof“.

Beigeordneter Streitberger teilt mit, dass die Vorlage unverändert in der nächsten Sitzung beraten werden soll. Am 10.11.2008 werde die Bürgerinformation stattfinden.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt die öffentliche Sitzung.

Karl Jürgen Klipper
Vorsitzender

Simone Weber
Schriftführerin